



Donnerstag, 15. Dezember 1977

Blatt 3207

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

Kommunal: Budgetdebatte 1978: U-Bahn, Personal und Sport, restliche Tagesordnung des Gemeinderates
(rosa)

Wiener Landtag

Schulneubau Alt-Erlaa - rascher Baufortschritt

Lokal: Turbulente Unfallsnacht in der Heiligenstädter Straße

(orange)

St. Marx: Im Schlachthofbunker brannte es wieder

Landstraße: Weihnachtsparty beim Bezirksvorsteher

Mehr Mumpserkrankungen in Wien

Keinerlei Hinweis auf Leichen beim Bunkerbrand im 3. Bezirk

Brand in Bunkersystem: Schwierige Löschaktion

Kultur: Johanneskirche in Unter-Laa

(gelb)

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr, So.
12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

k o m m u n a l :

schulneubau alt-erlaa - rascher baufortschritt

wien, 15.12. (rk) der rasche baufortschritt beim schulneubau im wohnpark alt-erlaa im 23. bezirk macht eine erhoehung der baurate 1977 notwendig. daher genehmigte der gemeinderatsausschuss fuer kultur, jugend und bildung donnerstag zu den fuer heuer bereits bewilligten 30 millionen s weitere drei millionen. die schule, von der ein teil bereits mit beginn dieses schuljahrs in betrieb gegangen ist, wird mit 1. september 1978 zur gaenze benuetzbar sein. (may) 0915

L o k a l :

=====

turbulente unfallsnacht in der heiligenstaedter strasse

3 wien, 15.12. (rk) ein in der heiligenstaedter strasse 129, in doebbling, abgestellter lkw-zug sorgte in der nacht auf donnerstag fuer eine serie boeser ereignisse. um etwa ein uhr frueh - kurz zuvor war an dieser stelle die strassenbeleuchtung ausgefallen - krachte der lenker eines personenwagens im dunkeln gegen den anhaenger, fuhr aber, trotz einer schweren beschaedigung an seinem fahrzeug, weiter. polizeibeamte, die zu diesem zeitpunkt mit ihrem streifenwagen auf patrouillenfahrt waren, nahmen die verfolgung des havarierten fahrzeugs auf, konnten jedoch nur das auto bei der grinzinger strasse sicherstellen. der lenker war gefluechtet.

die funkstreifenbesatzung fuhr rasch zum unfallsort zurueck, um den abgestellten lkw-zug abzusichern. in der zwischenzeit war jedoch ein weiterer pkw gegen den anhaenger geprallt, wobei das auto mitten auf der fahrbahn zu stehen kam. der lenker, der 28 jahre alte angestellte edmund b. (breuer), 19, heiligenstaedter strasse 131, erlitt eine gehirnerschuetterung, einen oberarmbruch und schnittwunden, die beifahrerin, die 30 jahre alte angestellte christine p. (puch), 18, kreuzgasse 41, erlitt eine gehirnerschuetterung und schnittwunden im gesicht. b., der mit seiner begleiterin offensichtlich einen feucht froehlichen abend verbracht hatte - beide waren alkoholisiert - war beim zufahren zu seinem haus in der heiligenstaedter strasse mit entsprechendem schwung gegen den vor dem nachbarhaus stehenden lkw-zug geprallt.

minuten spaeter trafen - von den polizeibeamten angefordert - feuerwehr und rettungsdienst am unfallsort ein. doch auch der weitere ablauf der ereignisse stand unter keinem guten stern. am fahrzeug der rettung waren schon unterwegs blaulicht und folgetonhoerner ausgefallen, und kaum waren die beiden verletzten im wagen vom arzt versorgt, kam es durch einen kurzschluss zu einem brand der verkabelung unter dem armaturenbrett. das feuer konnte aber rasch mit einer loeschdecke und einer kuebelspritze geloescht werden. ein weiteres rettungsauto brachte schliesslich die verletzten in die 2. unfallstation.

der beschaedigte pkw wurde von der feuerwehr von der fahrbahn entfernt. die polizisten verstaendigten die magistratsabteilung 48 wegen der absicherung des lkw-zugs und die e-werke wegen der ausgefallenen strassenbeleuchtung. ein polizeibeamter blieb zur sicherung an der unfallstelle. (am)

1020

L o k a l :

=====

st. marx: im schlachthofbunker brannte es wieder

4 wien, 15.12. (rk) nicht weniger als 16 feuerwehrfahrzeuge waren notwendig, um einen brand in der weitverzweigten bunkeranlage auf dem schlachthofgelaende in st. marx zu bekaempfen. das feuer konnte nach einem mehrstuendigen einsatz von atemschutztrupps, gross-schaumloeschern und zwei schlauchleitungen geloescht werden.

in dem kellergewoelbe einer ehemaligen brauerei, das sich zwischen rundweg - schlachthausgasse und viehmarktgasse befindet, brannte es zum letzten mal im september. damals wurde brandstiftung festgestellt. in der nacht zum donnerstag wurde die feuerwehr wieder alarmiert, da aus dem bunker dichter rauch drang. der brandherd konnte erst nach langem suchen durch atemschutztrupps gefunden werden. die weitverzweigte bunkeranlage erschwerte die arbeit der feuerwehr sehr - die erschoepten mannschaften mussten in kurzen abstaenden ausgetauscht werden. brandexperten stellten fest, dass es sich wieder brandstiftung handelte.

derzeit, 10.30 uhr, ist die feuerwehr abermals im bunker-einsatz, da wieder mehrere hundert kubikmeter geruempel in brand stehen. ein eindringen in den bunker ist jedoch wegen grosser hitzeentwicklung und einsturzgefahr nicht moeglich.

die bezirksvertretung des 3. bezirkes forderte den magistrat auf, im interesse der sicherheit diese kellergewoelbe zuzumauern. bezirksvorsteher jakob b e r g e r wird schon in den naechsten tagen mit den zustaendigen stellen gespraechе aufnehmen, um abhilfe zu schaffen. (ka)

1034

L o k a l :

=====

Landstrasse:

weihnachtsparty beim bezirksvorsteher

5 wien, 15.12. (rk) der landstrasser bezirksvorsteher jakob
b e r g e r lud donnerstag vormittag vertreter oeffentlicher
dienststellen im 3. bezirk zu einer kleinen weihnachtsfeier ein.
berger benuetzte die gelegenheit, um den dienststellen des magi-
strats, den spitaelern, dem rettungsdienst, der feuerwehr und der
polizei im namen der landstrasser bevoelkerung fuer die gute zu-
sammenarbeit ein herzliches dankeschoen zu sagen. (ka)

1042

k o m m u n a l :

=====

wiener landtag

7 wien, 15.12. (rk) unter dem vorsitz von 1. landtagspraesident maria h l a w k a trat donnerstag der wiener landtag zu seiner 40. sitzung zusammen. die tagesordnung umfasste drei personal-gesetzesvorlagen, ueber die personalstadtrat h e l l e r (spoe) referierte. es lagen drei a n t r a e g e der oevp vor, und zwar betreffend die umwandlung der staedtischen pflegeheime in pflegeanstalten fuer chronisch kranke, weiter betreffend eine erhoehung der pflegegebuehreneuersaetze durch die krankenversicherungstraeger sowie betreffend die uebernahme der verpflegskosten fuer asylierungsfaelle in psychiatrischen krankenanstalten und fuer chronisch kranke durch die krankenversicherungstraeger.

zu einer novelle zur besoldungsordnung brachte landtagsabgeordneter z o e r n e r (oevp) einen a n t r a g ein, wonach die dienstzulagen einiger spitzenbeamter gestrichen werden sollten, waehrend die spoe im stadtsenat die herausnahme der zulage des magistratsdirektor-stellvertreters vorgesehen hatte. die oevp habe jedoch beabsichtigt, diese regelung erst bei einer allfaelligen neubesetzung der betreffenden dienstposten wirksam werden zu lassen. abg. p o e d e r (spoe) sagte dazu, die zulagen sollten als sonderzulagen weiter erhalten bleiben. darauf replizierte labg. z o e r n e r, die zulagen fuer die bereichsleiter sollten nicht vom buergermeister oder vom magistratsdirektor, sondern vom stadtsenat beschlossen werden, um sie entsprechend transparent zu gestalten.

a b s t i m m u n g : die novelle wurde einstimmig angenommen. der oevp-antrag wurde angelehnt. (and) (schluss)

k o m m u n a l :

=====

gemeinderat (1):

debatte u-bahn

6 wien, 15.12. (rk) anschliessend an den landtag wurde die am mittwoch unterbrochene sitzung des gemeinderates unter dem vorsitz von buergermeister leopold g r a t z mit den beratungen ueber das budgetkapitel verkehr und energie (u-bahn) fortgesetzt.

auch der u-bahn-bau zeige, dass die stadtverwaltung nicht planen und bauen koenne, erklaerte gr. dkfm. b a u e r (fpoe). 1968 seien die gesamtbaukosten fuer die linien u 1, u 2 und u 4 auf fuenf milliarden geschaetzt worden. die oevp-bundesregierung sagte eine fixe baukostenbeteiligung in der hoehe von 2,4 milliarden - dies entsprach damals 48 prozent der geschaetzten kosten - zu. tatsaechlich habe man sich um fast 400 prozent verschaetzt, derzeit halte man bei voraussichtlichen gesamtbaukosten von 18 bis 20 milliarden.

der sozialistische finanzminister habe fuer wien offensichtlich genau so wenig uebrig wie sein oevp-vorgaenger. im kommenden jahr betrage der bundesbeitrag nicht einmal 10 prozent der praeliminierten u-bahn-mittel. 1978 seien fuer den u-bahn-bau um rund 800 millionen schilling weniger vorgesehen als 1977. bauer brachte einen a n - t r a g ein, den ansatz fuer den u-bahn-bau um 400 millionen zu erhoehen.

die fpoe sei der meinung, dass mit der u-bahn allein noch kein ausreichend dichtes oeffentliches verkehrsnetz angeboten werden kann. niemand wisse heute, wann und wo mit dem weiteren ausbau des u-bahn-netzes begonnen werde. deshalb trete die fpoe fuer eine verknuepfung des u-bahn- und s-bahn-netzes ein. die vorortelinie, die verbindungs-bahn und die ostbahn sollen in das bestehende s-bahn-netz eingebunden werden. bisher sei dies vor allem an dem mangelnden einvernehmen mit den oesterreichischen bundesbahnen gescheitert. bauer stellte den a n t r a g , eine neue budgetpost "s-bahn-bau" einzufuehren und mit 200 millionen schilling zu dotieren.

auch im zusammenhang mit dem verkehrsverbund biete sich ein bild der untaetigkeit. stadtrat nekula habe einmal die aufnahme des verbundverkehrs fuer 1977 in aussicht gestellt. auch der laengst versprochene generalverkehrsplan sei noch immer nicht erstellt worden.

(ger)

(forts)

k o m m u n a l :

=====

gemeinderat (2):

debatte u-bahn (forts)

8 wien, 15.12. (rk) zum ausbau des u-bahn-grundnetzes sprach gr. kreiner (oevp). im budget 1978 sind um 386 millionen weniger fuer den u-bahn-bau vorgesehen, als im vergangenen jahr. damit werde der u-bahn-ausbau weiterhin verzoegert und der impuls fuer die sicherung von arbeitsplaetzen verringert. weiter sei die widmungsmaessige verwendung der u-bahn-steuer in der hoehe von 260 millionen aus dem budget nicht erkennbar. trotz der schlechten wirtschaftlichen situation und dem sinken des bundeszuschusses von 50 prozent auf 10 prozent, habe gr. edlinger behauptet, die stadt wien koenne auf den kostenzuschuss des bundes ueberhaupt verzichten. ferner kursieren geruechte, dass der stromverbrauch und die wartung bei der u-bahn viel hoeher kommen werden, als bei der stadtbahn und dass mit einem betriebsabgang von jaehrlich zwei bis drei milliarden zu rechnen sein wird. kreiner stellte die anfrage, welche wirtschaftlichen ueberlegungen bei den wiener stadtwerken getroffen wurden, wenn, so wie geplant die u-bahn ab 1. jaenner 1978 tatsaechlich in das eigentum der stadt wien uebernommen wuerde. die inbetriebnahme der u 1 werde durch mehrmaliges umsteigen fuer taeglich 31.700 ein- und auspendler - stadtrat nekula spricht nur von 4.000 - eine wesentliche verschlechterung der fahrzeit mit sich bringen. die linien 66 und 167 sollen zusammengezogen und nur mehr bis zum reumannplatz gefuehrt, die linienfuehrung des o-wagens geaendert werden. fuer die verlaengerung der u 1 nach ober-laa liegt noch nicht einmal die planung vor. um das versprechen, die u 1 rechtzeitig mit fertigstellung der reichsbruecke nach kagran zu verlaengern, halten zu koennen, wird der baubeginn der reichsbruecke hinausgezogert. das u-bahn-grundnetz ohne u 3 ist und bleibe ein torso. die kosten fuer das u-bahn-grundnetz seien von stadtrat nekula folgendermassen berechnet worden: 7,2 milliarden an projektskosten 8,2 milliarden preiserhoehungen, 18,2 milliarden restliche mehrkosten. nicht enthalten seien die bauverzoegerungskosten von 1978 bis 1981. die zusaetzlichen verzoegerungen wuerden noch in milliardenhoehe gehen. (ba) (forts)

k o m m u n a l :

=====

gemeinderat (3):

debatte u-bahn (forts)

9 wien, 15.12. (rk) der u-bahn-bau erfolgt in wien sicher zu spaet, erklaerte gr. ing. w e i s s i n g e r (spoe): sie haette naemlich schon vor 80 oder 90 jahren wie in anderen europaeischen hauptstaedten gebaut werden muessen. die k. und k. hauptstadt hat es jedoch aus strategischen gruenden vorgezogen, eine verbindungsbahn zu bauen, die nun mit grossen schwierigkeiten der modernen u-bahn einverleibt werden muss. nach dem wiederaufbau konnte der u-bahn-bau erst in einer zeit des wirtschaftlichen wohlstands erfolgen. was die finanzierung betrifft, hat wien nicht das glueck wie muenchen gehabt, als wegen der olympischen spiele die kosten zu je einem drittel vom deutschen bundesstaat und vom land bayern uebernommen wurden. ein schock war jedoch die haltung der oevp-bundesrats-mehrheit in der frage der u-bahn-finanzierung. in den sechziger jahren konnte aber der startschuss erfolgen: nach gruendlichen, jahrelangen vorarbeiten fasste der gemeinderat 1968 den beschluss zum bau der linien u 1, u 2 und u 4. die seither erbrachte leistung ist durchaus beachtlich, wenn man hoert, dass in paris an 45 kilometer u-bahn 15 jahre lang gearbeitet wurde. die kostenvoranschlaege wurden dort um das mehrfache uebertroffen.

die wiener u-bahn wird 18 milliarden kosten. 12 milliarden wurden bis ende 1977 ausgegeben, die zum ueberwiegenden teil der oesterreichischen wirtschaft zugeflossen sind. 1978 werden die strecken reumannplatz bis karlsplatz und heiligenstadt bis karlsplatz in betrieb gehen. 1979 wird die u 1 bis stefansplatz fahren und 1981 bis zum praterstern und darueber hinaus. 1981 wird auch die stadtbahn bis huetteldorf auf u-bahn-betrieb umgebaut sein.

ein besonderer stichtag ist der 25. februar 1978: auf der drei kilometer langen strecke reumannplatz-karlsplatz wird der normale betrieb aufgenommen. das ist acht jahre nach beginn der bauarbeiten, die zum teil durch ausserordentlich schwierige bodenverhaeltnisse gekennzeichnet waren. neue tunnelbau-methoden wurden angewendet, zum teil wurde bei ueberdruck gearbeitet, hohe luftfeuchtigkeit, hitze -

alles stellte hoechste psychische und physische anforderungen an die bauleute.

die hauptaufgaben werden 1978 beim weiterbau der u 1 vom nestroyplatz zum praterstern-lasallestrasse liegen, bei den massnahmen zur verlaengerung nach kagran, bei der u 4, die bei aufrechterhaltung des stadtbahnbetriebs gebaut wird - diese leistung wird international gewuerdigt.

weiter werden um 510 millionen 24 doppeltriebwagen angeschafft. das kommt insbesondere der wiener waggonbau- und elektro-industrie zugute. darueber hinaus fliessen die u-bahn-aufwendungen fast in alle bundeslaender: nicht weniger als 49 prozent entfallen auf die bundeslaender, 38 prozent auf wien. 48,4 prozent der arbeitskraefte kommen aus den bundeslaendern.

insgesamt wurde eine einmalige leistung vollbracht, die erfolgreich weitengefuehrt wird. (smc) (forts)

1210

gemeinderat (4):

debatte u-bahn (schluss)

11 wien, 15.12. (rk) es ist eine eigenartige argumentation der oevp, jetzt mehr bundesmittel fuer den u-bahn-bau zu verlangen, zur zeit, als der bundeszuschuss beschlossen wurde, aber dagegen zustimmen, erklaerte stadtrat nekula (spoe). die oevp-vertreter im bundesrat waren dagegen, obwohl sich nun herausstellt, dass der u-bahn-bau in wien arbeitsplaetze in ganz oesterreich sichert. so gehen 70 Prozent der arbeitskosten in die bundeslaender, und von den bisher verbauten 12 milliarden entfallen 52 prozent der auftraege an die anderen bundeslaender.

die kostenerhoehungen beim u-bahn-bau gehen zu einem grossen teil auf erschwernisse zurueck. nekula erinnerte an die schwierigkeiten bei der baustelle karlsplatz (wassereinbrueche, sicherung der haeuser ohne absiedlungen), an die fuehrung entlang des stephansdomes und die unterquerung des donaukanals. eine zeitung bezeichnete tokio als beispiel fuer einen raschen u-bahn-bau. dies war nur, so nekula, durch eine viel staerkere belaestigung der bevoelkerung moeglich. es wurde nur bei nacht gearbeitet, am tage wurden die

offenen strassen mit blechen abgedeckt und darueber rollte der ganze verkehr. eine solche vorgangsweise ist fuer wien undenkbar.

die station stephansplatz ist deswegen noch nicht fertig, da waehrend des baues die historisch bedeutsame magdalenskapelle gefunden wurde und die erhaltung dieses bauwerks umfangreiche umbauarbeiten notwendig machte.

die schwierigkeit, die linien 66 und 167 zum suedtiroler platz zu fuehren, bestehen darin, dass nur beim schweizergarten eine umkehrmoeglichkeit besteht. theoretisch koennte nur jeder zweite zug dort umkehren. untersuchungen der verkehrsbetriebe haben ergeben, dass rund 9.000 menschen pro tag aus diesen beiden linien am suedtiroler platz umsteigen. 60 prozent dieser menschen steigen aber schon jetzt im raum neumannplatz ein. fuer diese personen ergibt sich keine verschlechterung. echte verschlechterungen muessen 3.600 menschen aus ober-laa beziehungsweise aus dem raum raxstrasse hinnehmen. insgesamt ueberwiegen die vorteile: so werden, wie angekuendigt, mehrere bestehende linien verlaengert und eine neue geschaffen. im februar 1978 soll der grundsatzbeschluss ueber die verlaengerung der u 1 nach dem sueden wiens im gemeinderat eingebracht werden.
(sei)

gr. a m m a n n (oevp) vertrat die ansicht, mit dem bau der u-bahn haette in den fuenfziger jahren begonnen werden sollen. zum vorwurf, die oevp habe den bundeszuschuss zur u-bahn verhindert, erklarte er, die spoe habe mit der einfuehrung einer u-bahn-steuer die voraussetzungen veraendert und damit neue verhandlungen notwendig gemacht. es waere jetzt die aufgabe der spoe, mit der bundesregierung ueber einen u-bahn-zuschuss zu reden. ammann meinte auch, selbst die abhaltung der olympiade in wien haette nicht zum bau der u-bahn fuehren koennen. "haetten sie mit diesem stadion eine olympiade abhalten wollen?", ergaenzte der redner.

die beste oevp-planung halte nicht, wenn die spoe-ausfuehrung um zwei jahre zurueckbleibe, erklarte gr. k r e i n e r (oevp). bei der baulichen herstellung der u-bahn seien zwischen 1973 und 1976 bereits minderausgaben in der hoehe von 536 millionen schilling zu verzeichnen

15. dezember 1977

''rathaus-korrespondenz''

blatt 3219

stadtrat n e k u l a sagte, 500 millionen schilling minder-
ausgaben bei einem gesamttausgabenrahmen von 12 milliarden schilling
seien seiner ansicht nach auf die richtige vorsorge dafuer zurueck-
zufuehren, ausreichend mittel bereitzuhaben, falls es gelaenge, be-
stimmte bauvorhaben durchzufuehren.

die grundlagen fuer ein energiekonzept seien einstimmig be-
schlossen worden, der energieplan werde naechstes jahr vorgelegt.
wenn es der oevp aber jetzt zu langsam gehe, haette sie ja 24 jahre
zeit gehabt, ein entsprechendes konzept zu erstellen, solange sie
naemlich den energiestadtrat stellte. (and) (forts)

1248

L o k a l :

=====

mehr mumpserkrankungen in wien

10 wien, 15.12. (rk) nach mitteilung des gesundheitsamtes der stadt wien nimmt in wien seit etwa vier wochen die erkrankungsquote an mumps stark zu. nach auskunft der gesundheitsbehoerden sind derzeit pro woche 300 neuerkrankungen zu verzeichnen. die genaue zahl ist allerdings nicht erfassbar, weil es fuer diese krankheit bisher keine meldepflicht gegeben hat. mit dem aufbau eines eigenen informationsdienstes, der ebenso wie bisher das grippeinformationssystem diese infektiöse erkrankung dem gesundheitsamt melden soll, wurde vor kurzem begonnen. infektiöse erkrankungen treten, wie die bisherigen erfahrungen gezeigt haben, normalerweise alle fuef bis sieben jahre in verstaerktem masse auf. ein solcher "gipfel" ist derzeit zu verzeichnen. er wird voraussichtlich mehrere wochen anhalten.

in diesem zusammenhang weist das gesundheitsamt darauf hin, dass im kommenden jahr in saemtlichen bezirksgesundheitsaemtern eine impfaktion gegen masern und mumps gestartet wird. der kombinierte impfstoff wird mindestens zehn jahre schutz gegen beide krankheiten bieten. die impfaktion ist vor allem fuer kinder im zweiten lebensjahr gedacht, wobei der guenstigste zeitraum um das 15. lebensmonat liegt.

waehrend die erkrankungsquote der kinder an masern bis zum zehnten lebensjahr bei fast 95 prozent liegt, erkranken an mumps wesentlich weniger, doch kann es auch hier zu verschiedenen komplikationen wie etwa gehirnhautentzuendung oder gehoerschaedigung kommen. erkrankt ein erwachsener an dieser kinderkrankheit, so kann es zu entzuendungen der geschlechtsorgane kommen. maenner sind hier besonders gefaehrdet. im allgemeinen verlaeuft die erkrankung jedoch gutartig. doch sollte im fall einer infektion unbedingt der arzt zu rate gezogen werden. (zi)

k o m m u n a l :

=====

gemeinderat (5):

debatte personal und sport

12 wien, 15.12. (rk) der grundsatzbeschluss zum bau des weststadions liege zehn jahre zurueck, erklarte gr. dr. h i r n - s c h a l l (fpoe). 1970 wurde der baubeschluss fuer eine dreiteilige sportanlage, bestehend aus einem fussballstadion, einem leichtathletikstadion und einer sporthalle, gefasst. dafuer wurden 163 millionen schilling bewilligt. tatsaechlich wurde nur das fussballstadion errichtet, das dann im november 1977 gesperrt werden musste. nunmehr stelle sich heraus, dass von den fuer die errichtung einer dreiteiligen anlage bewilligten 163 millionen schilling nichts mehr uebrig sei. dies sei ein klarer verstoss gegen die haushaltsgrundsaeetze. fuer die verwendung des gesamten betrages nur fuer die errichtung des fussballstadions waere ein beschluss des gemeinderates notwendig gewesen. der bau des leichtathletikstadions und der sporthalle sei vorderhand nicht zu erwarten, in der fuenfjaehrigen finanzvorschau werden diese vom gemeinderat beschlossenen vorhaben nicht erwaehnt. in technischer hinsicht habe sich beim weststadion die erste enttaeuschung ergeben, als im sommer dieses jahres das spielfeld nach einigen kurzen starken regenfaellen unbenuetzbar war. eine sanierung der drainagierung sei notwendig.

hirnschall kritisierte, dass in den ersten stellungnahmen nach der sperre des weststadions der eindruck erweckt worden sei, dass ein alleiniges verschulden der baufirmen vorliege. er stellte die frage, was die bauaufsicht getan habe.

bei den mitteln fuer sportbauten sei eine ruecklaeufige entwicklung festzustellen. aber selbst mit den vorhandenen mitteln koennte man noch schwerpunkte - rundhallen, bezirkssportanlagen - setzen. in der betreffenden budgetpost, die 1978 mit 53 millionen schilling dotiert ist, sind jedoch auch 19 millionen fuer reparaturen sowie die im zusammenhang mit den endabrechnungen fuer rad- und weststadion notwendigen mittel enthalten. angesichts dieser situation sei es notwendig, die vorhandenen schulsportanlagen intensiver auch von vereinen und nicht organisierten sportbetreibenden benuetzen zu lassen. diese einrichtungen stehen an wochenenden und waehrend der ferien leer. (ger) (forts)

k o m m u n a l :

=====

gemeinderat (6):

debatte personal und sport (forts)

14 wien, 15.12. (rk) die diskrepanz zwischen finanziellem an-satz und dem tatsaechlichen verbrauch bei der errichtung von sport-staetten kritisierte gr. a r t h o l d (oevp). wenn seit jahren immer weniger gebaut wird, als finanzielle mittel dafuer vorgesehen sind, koenne mit der planung etwas nicht stimmen. das fehlen des seit 1973 versprochenen sportstaettenleitplanes mache den sportstadtrat zu einem von den vereinen getriebenen politiker.

der mehraufwand von 100 millionen beim hallenstadion und 70 millionen beim weststadion sei durch ueberlange bauzeiten zustande gekommen. mit diesen mehrkosten haette man nach meinung artholds saemtliche kleinen bezirkssportplaetze sanieren koennen. das westpa stadion sei nach dreimaliger eroeffnung nun gesperrt, das hallen-stadion werde, wenn ueberhaupt, so nur durch privatinitiativen eines bekannten wiener sportmaezens ausgelastet.

fuer das weststadion seien im budget 1978 noch 14,5 millionen vorgesehen, obwohl der bau abgeschlossen ist. nach der sperre habe buergermeister leopold gratz nach der methode "haltet den dieb" die schuld auf die privaten baufirmen geschoben. bereits 1975 habe es beim weststadion schwierigkeiten bei der bauausfuehrung gegeben, trotzdem sei die bauaufsicht nicht verschaerft worden. es gebe zwar zwei muendliche benuetzungsbewilligungen, einen schriftliche sei nie erfolgt. stadtrat heller habe nach der sperre die verantwortung auf den planungsstadtrat und den bautenstadtrat abgeschoben und die flucht nach vorne angetreten, indem er feststellte, dass den ge-schaedigten vereinen geholfen werden muesse.

mangelnde koordination herrsche auch zwischen der geschaefts-gruppe planung und den sportabteilungen. als ersatz fuer den sport-platz schoenbrunn sei im maerz 1977 noch das weststadion vorge-schlagen worden, obwohl man zu dieser zeit im sportressort schon wusste, dass die leichtathletikanlagen nicht errichtet werden.

die landessportschule fuer wien sollte zuerst im weststadion, spaeter auf der donauinsel errichtet werden. nun sei man der meinung,

dass das klima auf der donauinsel fuer eine derartige sportanlage nicht geeignet sei und drei jahre wartezeit seien unnuetz verstrichen. die turnsaale sollten besser ausgenuetzt werden und auch an den wochenenden den privaten vereinen zur verfuegung stehen. eine letzte kritik zum budget: die renovierung von sportplaetzen sei nicht mehr als eigener ansatz, sondern nur mehr unter dem punkt sportplatzfoerderung beruecksichtigt. dies liesse die moeglichkeit offen, nach individuellem gutduenken sportplaetze zu sanieren.

stadtrat b o e c k (spoe) stellte richtig, dass die sperre des weststadions von buergermeister leopold gratz nicht nach einer aussprache mit einer kommission, sondern auf grund des berichtes des bautenstadtrates erfolgt sei. die internationale expertenkommission habe am 24. november in wien getagt und die richtigkeit der sperre bestaetigt. nach einem neuerlichen zusammentreffen der statiker soll die sperre zunaechst auch weiterhin aufrecht erhalten bleiben. eine schriftliche benuetzungsbewilligung fuer das weststadion liege nicht vor, weil bei einem kanalbau ausserhalb des stadions ein fehler festgestellt wurde, der erst behoben werden muesste. (ba) (forts)
1405

gemeinderat (7):

debatte personal und sport (forts)

15 wien, 15.12. (rk) wenn man dem gr. arthold zuhoert, muss man den eindruck gewinnen, dass in wien auf sportlichem gebiet ueberhaupt nichts los ist, erklarte gr. s e e b o e c k (spoe). demgegenueber steht jedoch die konsequente verwirklichung des arbeitsprogramms, das der buergermeister in seiner antrittsrede vorgelegt hat (rufz) und die vollbrachten leistungen kann jeder in der sportbroschuere nachlesen. es gibt in europa keinen vergleich dafuer. in wien gibt es 96 sportplaetze, 32 spezialanlagen von einem athletikcenter bis zur skianlage hohe wand-wiese, 575 spielplaetze, 38 eislauflaetze, 91 tennisanlagen, 53 schwimmbaeder, 13 hallenschwimmbaeder, 40 sommerschwimmbaeder, 32 kinderfreibaeder, fuenf

staedtische sporthallen, 391 staedtische turnsaele, 82 tischtennis-hallen. die beliebtheit dieser anlagen beweist der besuch von 1,5 millionen wienern im jahr 1976. mit einer unzahl von speziellen aktionen wird zur aktivierung der bevoelkerung beigetragen: wie etwa durch die aktion "sportplatz der offenen tuer", in deren rahmen 19 sportplaetze zur verfuegung stehen, mit besonderen schwerpunktprogrammen, die von basketball bis zum skilanglauf im sommer auf einer kunststoffloipe reichen. oder die "fahrten zum schnee" - an acht sonntagen nahmen daran jeweils 700 kinder teil. oder die jugendeislaufaktionen mit mehr als 36.000 teilnehmern. hervorzuheben sind die aktionen zur entdeckung und fruehen foerderung von talenten - speziell im schwimmen, radfahren, talentturnen. zu diesen und noch vielen anderen aktionen kommt, dass neue sportanlagen fertiggestellt wurden. das ist vor allem das hallenstadion im prater, das hoechsten internationalen anspruechen gerecht wird. in den sechs monaten haben mehr als 3.400 aktive und mehr als 84.000 besucher die halle frequentiert. neue sportanlagen gibt es in der laxenburger strasse mit der kunststoff-langlaufloipe, eine weitere in der kendlerstrasse. besonders im baederbau wurde viel geleistet: vom diana-bad, stadthallenbad, thermalbad ober-laa, schafbergbad bis zum ausbau von stadionbad und ottakringer bad.

insgesamt ist das angebot von sporteinrichtungen so vielfaeltig und abwechslungsreich, dass jede altersgruppe und alle interessen auf ihre rechnung kommen. es ist das ziel der sozialistischen sportpolitik, die bevoelkerung zur aktiven sportlichen betaetigung zu bewegen, anstelle von passivitaet und lethargie. dazu ist die mitarbeit und die begeisterung einer vielzahl von menschen in unserer stadt noetig. die stadtverwaltung will jedoch keine reglementierung des sports, sondern betrachtet die dach- und fachverbaende als partner. mit einem bekenntnis zur finanziellen unterstuetzung internationaler sportveranstaltungen, wie etwa der groessten sportveranstaltung wiens der letzten jahre, der eishockey-wm 1977, und einem dank an alle, die das sportprogramm unterstuetzen und verwirklichen helfen, schloss der redner. (smo)

fuer eine klarere linie im personalbereich sprach sich gr. k o e c h l (oevp) aus. so werden in einer antwort von stadtrat heller im budget und im finanz- und investitionsplan jeweils verschiedene personalbedarfszahlen genannt.

der oevp beamtenfeindlichkeit vorzuwerfen, ist eine demagogische spitzenleistung. vielmehr ist zu belegen, dass sich sowohl der herr bundeskanzler, der herr finanzminister und der praesident des oesterreichischen gewerkschaftsbundes abwertend ueber die gewerkschaftliche taetigkeit der beamten gaeussert haben. so meinte der bundeskanzler, er lasse sich nicht terrorisieren und der finanzminister stellte einen zusammenhang zwischen berechtigten forderungen der beamten und der notwendigkeit von steuererhoehungen her.

koechl ging im weiteren auf einige unerledigte probleme im wiener personalbereich ein. die aufrueckungsmoeglichkeiten fuer aerzte in den pflegeheimen der stadt wien entsprechen nicht denen der anderen aerzte, fuer den permanenzdienst der aerzte gibt es keinen ersatz und wir haben zu wenig rettungsaerzte. (sei) (forts)
1415

gemeinderat (8):

debatte personal und sport (forts)

16 wien, 15.12. (rk) der anteil der personalausgaben im verhaeltnis zum gesamtbudget sei um ein halbes prozent zurueckgegangen. trotzdem waeren dafuer 12.575 millionen schilling aufzuwenden, und es ergebe sich auch gelegentlich die notwendigkeit zu personalaufstockungen: zum beispiel sei im wilhelminenspital eine aufwachsstation eingerichtet worden, die natuerlich personal erfordere. dies erklaerte gr. franziska fast (spoe). es gebe aber auch seit maerz 1977 die "verwaltungsrevision", die sich mit rationalisierungen zu befassen habe. sie wies dann auf die leistungen staedti-scher bediensteter hin, von denen viele rund um die uhr dienst machen muessen, um die beduerfnisse der bevoelkerung erfuellen zu koennen.

fast gab bekannt, dass wien die forderung nach arbeitsplaetzen in hohem masse erfuehlt habe. 55,54 prozent aller in wien beschaef-tigten seien frauen. betraechtliche leistungen seien auch auf dem gebiet des karenzurlaubs erbracht worden. das karenzurlaubsgeld habe 1970 500 schilling betragen, derzeit wuerden fuer verheiratete muetter 2.457, fuer alleinstehende 3.686 schilling ausbezahlt. (and)
(forts)

1433

./.

k o m m u n a l :

=====

gemeinderat (9):

debatte personal und sport (schluss)

17 wien, 15.12. (rk) die staedtischen bediensteten haben auch in diesem jahr ausgezeichnete arbeit geleistet, stellte stadtrat h e l l e r (spoe) fest. heller betonte, dass diese bediensteten nicht faul und desinteressiert, sondern zum groessten teil fleissig und engagiert seien. der personalstand der gemeinde wien einschliesslich der wiener stadtwerke betrage derzeit rund 58.000, dazu kommen rund 33.900 pensionisten. der anteil des personalbudgets am gesamtbudget sei in wien mit 25,9 prozent relativ niedrig, in graz betrage er zum beispiel 49,4 prozent, in linz 42 prozent und beim bund 28,5 prozent. der anteil der weiblichen bediensteten sei im magistrat mit 56 prozent relativ hoch. bei den lehrlingen stehen 497 burschen 679 maedchen gegenueber.

auch auf dem personalsektor habe sich die stadtverwaltung an das arbeitsprogramm des jahres 1973 gehalten: von mehr als 58.000 bediensteten sind nicht einmal 5.000 in der hoehitsverwaltung, alle anderen im staedtischen dienstleistungs- und servicebereich beschaeftigt.

das personalvertretungsgesetz sei im entwurf fertig, soll aber erst nach der beabsichtigten verfassungsaenderung dem landtag vorgelegt werden.

falls unter der lehrenschaft tatsaechlich der wunsch nach titeln bestehe, so koenne man darueber selbstverstaendlich reden, obgleich er persoendlich kein grosser freund von titeln sei.

der zielsetzung des arbeitsprogrammes 1973, die sportplaetze auch fuer jene zu oeffnen, die keinem verein angehoren, sei man durch die aktion "sportplatz der offenen tuer" und andere aktionen wesentlich naeher gekommen.

die sportbudgetausgaben seien wohl rueckklaeufig, da jedoch der bau der mehrzweckhalle im prater und des weststadions ausgelaufen sei, ergebe sich de facto im kommenden jahr sogar eine erhoehung um 14,7 millionen s. der um 13 millionen geringere ansatz werde naemlich durch die minderausgaben fuer diese beiden projekte in der

hoehe von 27,7 millionen s uebertroffen.

es sei richtig, dass im zusammenhang mit dem bau des weststadions dem gemeinderat eine sachkreditsaenderung vorgelegt werden haette sollen. ein entsprechender antrag sei auch vorbereitet worden, doch waere seine vorlage nach der sperre des stadions nicht zweckmaessig gewesen. seine vorlage werde nach der feststellung der maengel erfolgen.

die drainagierung des rasens sei wie im muenchner olympiastadion durchgefuehrt worden. die schwierigkeiten mit dem abfluss des regenwassers haetten sich ergeben, weil ein teil des rasens zu dicht gewesen sei. inzwischen seien gartenbautechnische massnahmen getroffen worden. heller gab der hoffnung ausdruck, dass im fruehjahr auch der rasen vollkommen in ordnung sein wird. in kaum einer anderen stadt stueden dem sport soviele schulanlagen zur verfuegung wie in wien. seitens der schulwarte sei fuer freitagabende eine loesung zugesagt worden, bezueglich der benuetzung der schulanlagen an wochenenden werde zunaechst eine bedarfserhebung durchgefuehrt.

in der mehrzweckhalle im prater seien bisher 6.884 sportler aktiv taetig gewesen. 28 veranstaltungen seien von 133.000 menschen besucht worden. auch einige schulen werden in naechster zeit in dieser halle turnen und trainieren.

fuer das horr-stadion in favoriten sei ein versprechen gegeben worden, es bundesligareif auszugestalten. nachdem jedoch der fussballklub austria erklaert haette, dort keine meisterschaftsspiele durchfuehren zu wollen, waere die durchfuehrung jenes vorhabens unsinnig gewesen. nun habe die austria ihre meinung geaendert, es werde daher nunmehr eine neuerliche kostenfeststellung durchgefuehrt. heller erklaerte, dass er der meinung sei, dass das seinerzeitige versprechen auch jetzt noch eingeloeset werden sollte.

der sportstaettenleitplan sei im konzept fertiggestellt, in der derzeitigen fassung aber nicht praktikabel. der endgueltige plan werde voraussichtlich im fruehjahr vorliegen.

fuer die fahrten zum schnee seien im jahr 1976 313.000 schilling aufgewendet worden.

durch widmungsaenderungen seien 16 sportplaetze vor moeglicher verbauung geschuetzt worden. (ger) (forts)

k o m m u n a l :

=====

gemeinderat (10):

wiener budget beschlossen

18 wien, 15.12. (rk) das budget 1978 wurde donnerstag nachmittag mit den stimmen der spoe angenommen.

im verlauf der budgetdebatte wurden 15 abaenderungsantraege, zwei beschluss- und resolutionsantraege und drei anfragen gestellt. saemtliche abaenderungsantraege fanden nicht die mehrheit und wurden daher abgelehnt. die beschluss- und resolutionsantraege sowie die anfragen wurden den zustaendigen gemeinderatsausschuessen zur behandlung zugewiesen. ebenso wurden die erinnerungen zum budget 1978 den zustaendigen gemeinderatsausschuessen zur behandlung ueberwiesen. der gebuehrenspegel 1978 wurde mit den stimmen der spoe angenommen, die vorlage des finanz- und investitionsplanes wurde einstimmig zur kenntnis genommen. (sei) (forts)

1535

gemeinderat (11):

restliche tagesordnung

19 wien, 15.12. (rk) nach der beschlussfassung des budgets setzte der gemeinderat seine debatte mit der behandlung weiterer geschaeftsstuecke fort.

gr. hermine f i a l a (spoe) beantragte die errichtung einer ampelanlage auf der kreuzung stadiongasse-reichsratsstrasse mit einem kostenaufwand von 1,270.000 schilling. gr. holger b a u e r (fpoe) stellte dazu fest, dass dieser antrag ein beweis fuer das engstirnige prestigedenken der sozialisten sei: im september 1974 habe die fpoe bereits den voellig gleichlautenden antrag gestellt, der damals mit der begruendung abgelehnt wurde, dass er zum beschleunigungsprogramm der wiener stadtwerke in widerspruch stehe.

a b s t i m m u n g : einstimmig angenommen.

eine subvention in der hoehe von 400.000 schilling fuer die ausstellung "friaul lebt", die vom 9. dezember 1977 bis 8. jaenner 1978 im wiener kuenstlerhaus gezeigt wird, beantragte gr. franziska f o h l e r (spoe).

a b s t i m m u n g : der abaenderungsantrag der oevp, referiert von gr. hofrat bittner, die subvention nicht aus dem kulturschilling, sondern aus der foerderung von kunst, wissenschaft und kultur zu bedecken, wurde abgelehnt, der antrag der berichter-statterin mit den stimmen der spoe und der fpoe angenommen.

eine million schilling benoetigt der verein wiener jugendkreis zur adaptierung der raeumlichkeiten im amtshaus hietzing. den subventionsantrag fuer diesen betrag stellte gr. h a n k e (spoe).

gr. a m m a n n (oevp) wandte ein, dass die uebersiedlung des jugendklubs aus der volkshochschule feldkellergasse in das amtshaus hietzing keine loesung fuer die uebelstaende sei, die in diesem jugendzentrum herrschen.

a b s t i m m u n g : von der spoe und fpoe angenommen. (ba)
(forts)

1612

gemeinderat (12):

restliche tagesordnung (forts)

22 wien, 15.12. (rk) gr. h a n k e (spoe) referierte den antrag, dem verein "forum wien arena" eine subvention von einer million zur adaptierung der zur verfuegung gestellten liegenschaft und 500.000 s fuer den laufenden betrieb zu geben. gr. dkfm. b a u e r (fpoe) sprach sich dagegen aus, weil von der seinerzeitigen arenabewegung nicht einmal ein abklatsch mehr vorhanden ist. die seinerzeitigen ziele, einen auf sich selbst gestellten kulturbetrieb zu machen, sind ins gegenteil verkehrt - der eindeutig ausgerichtete verein ist vom subventionsdenken beherrscht und haelt die hand um steuermillionen auf.

str. dr. g o l l e r (oevp) erklarte, dass der verein die mit dem praekariumsvertrag uebernommenen verpflichtungen nicht einhaelt und ein subventionsansuchen ohne belege oder berechnungen stellt. die stadtverwaltung hat das nicht ueberprueft. schliesslich ist es undenkbar, dass eine keimzelle von sympathisanten, die gegen demokratie sind, unterstuetzt werde. in einem g e g e n a n t r a g wird die absetzung des aktes verlangt beziehungsweise die einschal-

tung des kontrollamtes zur ueberpruefung des subventionsansuchens.

im s c h l u s s w o r t entgegnete gr. hanke, dass es viel zu weit geht, junge menschen derart abzustempeln, wie es der vorredner getan hat. die einschaltung des kontrollamtes ist ohnedies vorgesehen.

a b s t i m m u n g : der gegenantrag erhielt keine zustimmung von spoe und fpoe, daher abgelehnt. hauptantrag mit den stimmen der spoe angenommen. (smo) (forts)

1651

gemeinderat (13):

restliche tagesordnung (forts)

24 wien, 15.12. (rk) ueber den antrag, in der favoritenstrasse 8 eine buecherei zu errichten und dafuer 7,108 millionen schilling aufzuwenden, referierte gr. dr. m u e l l e r (spoe). gr. dr. marilies f l e m m i n g und str. n e u s s e r (oevp) bezweifelten die rechtmassigkeit des baues einer wohnhausanlage auf den scalagruenden, gr. s u t t n e r (spoe) bezeichnete die anschuldigung der grossen oppositionspartei in diesem im zusammenhang mit den scalagruenden als ungeheuerlichen vorwurf. dkfm. dr. b a u e r (fpoe) verlangte, ueber das grundstueck solle erst entschieden werden, wenn der verfassungsgerichtshof seine entscheidung gefaellt habe. da die fpoe jedoch bereits seinerzeit gegen die verbauung war, muesse sie den vorliegenden antrag natuerlich auch ablehnen. gr. dr. m u e l l e r (spoe) schloss, die verlegung der buecherei ermoeegliche eine wesentliche bessere versorgung der bevoelkerung.

a b s t i m m u n g : mit den stimmen der spoe angenommen.

(and) (forts)

1720

k o m m u n a l :

=====

gemeinderat (14):

restliche tagesordnung (forts)

25 wien, 15.12. (rk) gr. gertrude s t i e h l (spoe) referierte den antrag, dem wiener volksbildungswerk einen foederungsbetrag fuer ein konzept zur fortsetzung der kulturellen aktivitaeten am stadtrand zu gewaehren.

gr. prof. b i t t n e r (oevp) stellte einen abaenderungsantrag, die bedeckung nicht aus dem kulturschilling, sondern aus der rubrik 'foederung von wissenschaft, kunst und volksbildung' vorzunehmen.

a b s t i m m u n g : der abaenderungsantrag der oevp wurde mit den stimmen der spoe abgelehnt, der antrag der berichterstatterin mit den stimmen der spoe angenommen.

gr. w i n d h a b (spoe) referierte den antrag, dem dramatischen zentrum eine subvention in der hoehe von 500.000 schilling zur verfuegung zu stellen.

gr. n e u n t e u f e l (oevp) begruendete seine ablehnung mit der erfolglosigkeit des dramatischen zentrums und mit dem geringen niveau der auffuehrungen.

in seinem schlusswort hob gr. w i n d h a b (spoe) die bedeutung des dramatischen zentrums fuer junge autoren, regisseure und schauspieler hervor, denen es eine gelegenheit zur weiterbildung biete.

a b s t i m m u n g : angenommen mit den stimmen der spoe.

gr. w i n d h a b referierte die antraege, der wiener secession und dem verein fuer geschichte der stadt wien foederungszuschuesse zu gewaehren.

gr. prof. b i t t n e r (oevp) brachte zu beiden antraegen abaenderungsantraege ein, die bedeckung nicht aus dem kulturschilling, sondern aus der rubrik 'wissenschaft, kunst und volksbildung' vorzunehmen.

a b s t i m m u n g : beide abaenderungsantraege der oevp wurden mit den stimmen der spoe abgelehnt. die beiden antraege des berichterstatters wurden mit den stimmen der spoe angenommen. (ger)
(forts)

k o m m u n a l :

=====

gemeinderat (15):

restliche tagesordnung (forts)

26 wien, 15.12. (rk) fuer die hoheitsverwaltung und die wiener stadtwerte sollen zu bestmoeglichen bedingungen anleihen in der hoehe von 3,2 milliarden aufgenommen werden. die kosten fuer die kapitalbeschaffung und die zinsen fuer die rueckzahlung sind von der hoheitsverwaltung und den wiener stadtwerten zu uebernehmen. zur deckung des voranschlages 1978 sollen ausserdem 1 milliarde fremdmittel aufgenommen werden sowie zusaetzlich 100 millionen fuer die wiener stadtwerte. diese beiden antraege stellte gr. s a l l a b e r g e r (spoe). um die triste wirtschaftliche situation der wiener stadtwerte durch schuldenrueckzahlung nicht noch zu vergroessern, stellte gr. a m m a n n (oevp) die beiden abaenderungsantraege, dass die zinsen und spesen fuer die kreditaufnahme zur gaenze von der hoheitsverwaltung uebernommen werden sollten und dass die kredite tilgungsfrei an die wiener stadtwerte weiterzuleiten seien.

a b s t i m m u n g : die abaenderungsantraege wurden mit den stimmen der fpoe und spoe abgelehnt, die antraege der spoe mit den stimmen der fpoe und spoe angenommen.

gr. k o p f e n s t e i n e r (spoe) stellte den antrag auf erhoehung des sachkredits fuer den u-bahn-betrieb im abschnitt friedensbruecke - heiligenstadt auf 180,700.000 schilling und auf genehmigung der baurate (1977) in der hoehe von 2,000.000 schilling. dies nahm gr. k r e i n e r (oevp) zum anlass, um ueber verzoeegerungen beim u-bahn-bau, ueber zeitopfer und unannehmlichkeiten der bevoelkerung durch mehrmaliges umsteigen stellung zu nehmen.

a b s t i m m u n g : einstimmig angenommen. (ba) (forts)

k o m m u n a l :

=====

gemeinderat (16):

restliche tagesordnung (forts)

27 wien, 15.12. (rk) stadtrat m a y r (spoe) referierte die unratsgebuehrenordnung. die seit fuenf jahren unveraendert gebliebenen gebuehren decken nur mehr 54 prozent der kosten. unter anderen erhoehrt sich fuer einen haushalt die jaehrliche gebuehr von 96 auf 172 s. gr. j e d l e t z b e r g e r (oevp) erklarte, dass die erhoehung ueber dem seit fuenf jahren veraenderten verbraucherpreisindex liegt. die erhoehung wird die betriebe belasten und zur arbeitsplatzsicherung nicht beitragen. die arbeiterkammer hat bei gebuehreneerhoehungen statt grosser spruenge kleine schritte vorgeschlagen. im s c h l u s s w o r t entgegnete stadtrat mayr, dass man sich entscheiden muss zwischen den "kleinen schritten", zu denen man dann aber ja sagen muss, und den "grossen spruengen". man kann aber nicht wie die oevp kleine schritte als unneotig bezeichnen, und dann, wenn es so weit ist, grosse spruenge ablehnen.

a b s t i m m u n g : mit den stimmen der spoe angenommen.

gr. l u d w i g (spoe) referierte die sachkrediterhoehung fuer das weststadion um 2,8 millionen auf 165,8 millionen. damit sollen die honorare und mehrkosten fuer die derzeit laufende untersuchung gedeckt werden. gr. a r t h o l d (oevp) wandte sich gegen die bedeckung des betrages aus dem budget fuer den sportstaettenbau. nach der haushaltsordnung ist das nicht gerechtfertigt. in einem abaenderungsantrag wird die bedeckung durch die baudirektion verlangt. im s c h l u s s w o r t sagte der berichterstatter, dass die gewaehlte bedeckung durch die haushaltsordnung durchaus gerechtfertigt ist.

a b s t i m m u n g : der abaenderungsantrag erhielt nicht die zustimmung von spoe und fpoe, wurde daher abgelehnt. der antrag wurde mit den stimmen der spoe und der fpoe angenommen. (smo) (forts)

k o m m u n a l :

=====

gemeinderat (17):

restliche tagesordnung (forts)

28 wien, 15.12. (rk) gr. o u t o l n y (spoe) beantragte den abschluss einer vereinbarung zwischen dem zentralverband der kleingaertner, siedler und kleintierzuechter oesterreichs und der stadt wien zu genehmigen. diese vereinbarung sieht eine erhoehung des pachtschillings ab 1. jaenner 1978 fuer alle vom zentralverband gepachteten flaechen von derzeit 84 groschen auf 2 schilling pro quadratmeter und jahr und auf 3 schilling pro quadratmeter und jahr ab 1. jaenner 1979 vor. ab 1980 soll der zentralverband auch die grundsteuer bezahlen und so der pachtschilling wertgesichert werden. die stadt wien verpflichtet sich, dem zentralverband folgende kreditmoeglichkeiten zu geben: fuer 1978 eine million zinsfrei und eine million verzinst mit zwei prozent ueber der bankrate. fuer 1979 den doppelten betrag, zwei millionen zinsfrei und zwei millionen mit zwei prozent ueber der bankrate.

gr. h o f f m a n n (oevp) stellte den abaenderungsantrag, diese vereinbarung auszusetzen und eine neue vereinbarung auszuarbeiten, die die sozialen und umweltschuetzerischen gesichtspunkte beruecksichtigt. die kleingaertner hegen die gruenen lungen unserer stadt. waehrend man anderswo subventioniert, wird in wien der pachtschilling erhoehrt.

gr. o u t o l n y erklarte in seinem schlusswort, dass sehr wohl zwischen dem individuellen freizeit- und erholungswert fuer die kleingaertner und deren oeffentlicher aufgabe abgewogen wurde. derzeit erfreuen sich 20.200 buerger dieser stadt eines kleingartens, und es gibt wahrscheinlich viele andere, die gerne einen besitzen wuerden. es waere nicht gerecht, wenn die anderen steuerzahler subventionen leisten muessten. outolny erinnerte daran, dass bereits im heurigen jahr auf 80.000 quadratmeter grundflaeche sieben neue kleingartenanlagen mit einem aufwand von 20 millionen geschaffen wurden. der sich aus der erhoehung ergebende jaehrliche pachtzins ist fuer den einzelnen durchaus vertretbar.

a b s t i m m u n g : der abaenderungsantrag fand nur die zustimmung der oevp und fpoe, der antrag des berichterstatters wurde mit den stimmen der spoe angenommen.

die gemeinderatssitzung wurde um 17.30 uhr unterbrochen und wird morgen freitag mit der beratung des wirtschaftsplanes der wiener stadtwerke fortgesetzt und abgeschlossen. (sei) (schluss)
(ende des sitzungsberichtes)

L o k a l :

=====

feuerwehr stellt fest:

keinerlei hinweis auf leichen beim bunkerbrand im 3. bezirk

20 die austria presse agentur sandte heute eine meldung mit dem undertitel ''feuerwehr raetselt: leichen im flammenmeer?'' aus und berichtet darin, dass beim brand im unterirdischen gangsystem in der naehe des schlachthofgelaendes st. marx der einsatzleiter der feuerwehr gemeint habe, es sei durchaus moeglich, dass sich in den weitverzweigten gaengen auch leichen befaenden.

dazu stellt die direktion der feuerwehr der stadt wien fest: im gesamten verlauf des brandes hat sich kein einziger hinweis darauf ergeben, dass sich in dem bunkersystem menschen oder leichen befaenden. der einsatzleiter der feuerwehr sei von einem reporter gefragt worden, ob es moeglich sei, dass sich in den unzuganglichen gangsystemen auch menschen befaenden, die naturgemaess schwerstgefaehrdet waeren. der oertliche einsatzleiter hat darauf hin festgestellt, es sei natuerlich nie theoretisch auszuschliessen, dass sich in unterirdischen gaengen auch jemand aufgehalten habe, der dann vom brand ueberrascht wurde. waehrend des gesamten einsetzes hat sich aber kein diesbezuglicher hinweis ergeben. endgueltige gewissheit darueber, was sich in einem gangsystem waehrend des brandes befunden habe, gebe es erst, wenn nach ende des brandes die entsprechenden untersuchungen abgeschlossen sind. (red)

1645

L o k a l :

=====

brand in bunkersystem: schwierige loeschaktion

21 wien, 15.12. (rk) noch immer herrscht bei dem brand im bunkersystem baumgasse 58 in st. marx so starke hitze, dass die bekaempfung der flammen - die feuerwehr ist mit sechs rohren im ein-satz - ueberaus erschwert ist. durch einstuerzende deckenteile und explosionsartig zerknallende faesser sind die loeschmannschaften staendig in gefahr. um die gefaehrdung der umliegenden haeuser und des werksgelaendes der gewista auszuschliessen, wurden die oertlichkeiten genau untersucht. fuer das gewista-gelaende (mit ausnahme des einfahrtsbereichs) sowie fuer die angrenzende zufahrt zu einem parkplatz wurde wegen moeglicher einsturzgefahr ein fahrverbot verfuegt. die ausdehnung der bunkeranlage ist naemlich nicht genau bekannt. nach abklingen des brandes werden die loeschmannschaften versuchen, in die bunkeranlagen einzudringen. (am)

1647

k u l t u r :

=====

johanneskirche in unter-laa - archaeologischer schauraum und
funktionsfaehige kirche

13 wien, 15.12. (rk) im rahmen einer kleinen feierstunde ueber-
gab donnerstag vizebuergemeisterin gertrude f r o e h l i c h -
s a n d n e r in anwesenheit von bezirksvorsteher josef
d e u t s c h und dem frueheren langjaehrigen bezirksvorsteher emil
f u c i k in unter-laa die johanneskirche offiziell den vertretern
des malteserritterordens beziehungsweise der oertlichen pfarre. be-
kanntlich waren in der johanneskirche in den letzten jahren durch das
museum der stadt wien umfangreiche grabungen durchgefuehrt worden,
die sehr viele funde aus der roemerzeit, aber auch aus dem mittelal-
ter erbrachten und ausserdem zu dem schluss fuehrten, dass die
johanneskirche die aelteste wiener kirche ist. durch diese wissen-
schaftlich bedeutenden arbeiten war aber die religioese nutzung der
kirche zeitweise unmoeglich gemacht worden. nun steht die kirche
wieder zur verfuegung.

die unter der kirche befindlichen archaeologischen schauraeume
mit den roemerzeitlichen und mittelalterlichen funden sind fuer
gruppenfuehrungen, vor allem fuer wiener schulen, nach vorheriger
anmeldung beim bezirksmuseum fuer den 10. bezirk (10, keplerplatz 5,
tel.: 64 36 31/kl. 202, 205) zuganglich. wie sich bei einer erst
vor kurzem durchgefuehrten wissenschaftlichen untersuchung nach der
c-14-methode herausstellte, sind die in der unterkirche von unter-laa
aufgefundenen skelette die aeltesten aus dem mittelalterlichen wien:
sie stammen aus dem jahr 1015. (may)

1342